

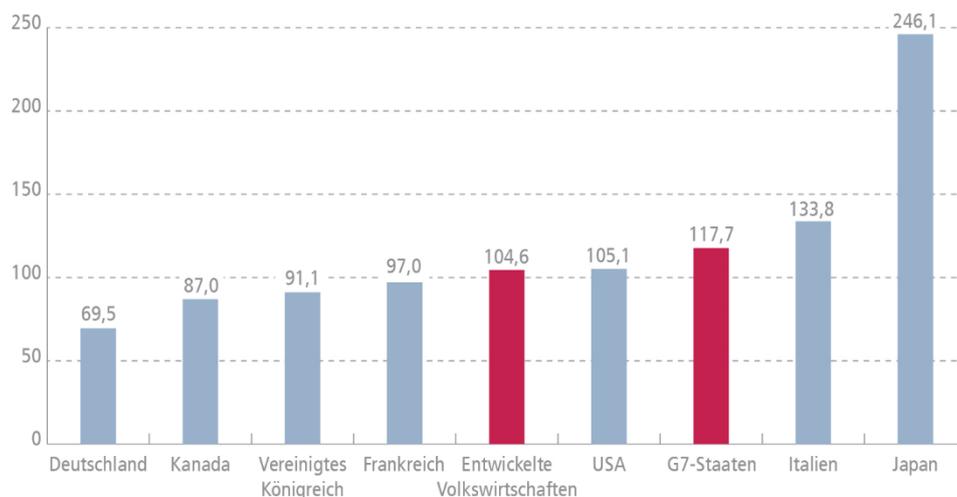


Wachstum durch fiskalische Abwertung?

Die Weltwirtschaft steht vor einer Reihe ökonomischer Herausforderungen: In den meisten Industrienationen lässt das Wirtschaftswachstum nach, die südeuropäischen Krisenstaaten leiden unter einer geringen Wettbewerbsfähigkeit und die Staatsverschuldung hat selbst in einigen G7-Staaten einen Schuldenstand von mehr als 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreicht (siehe Abb. 1). Wegen der schwachen Binnennachfrage setzen viele Industrienationen auf eine Steigerung ihrer Exporte, um so die heimische Produktion und Beschäftigung zu erhöhen. Dadurch kommt es jedoch weltweit zu hohen Leistungsbilanzungleichgewichten.

Abb. 1: Staatliche Verschuldung im Jahr 2015 (Prognosedaten)

ausgedrückt als Schulden in Prozent des BIP



Quelle: International Monetary Fund, World Economic Outlook Database, April 2015.

Dr. Thieß Petersen
Programm
„Nachhaltig
Wirtschaften“

Telefon:
+49 5241 81-81218
E-Mail:
thiess.petersen@
bertelsmann-
stiftung.de

Leistungsbilanzungleichgewichte als Herausforderung für die Weltwirtschaft ...

Diese Ungleichgewichte führen zu erheblichen Problemen, vor allem, wenn sie dauerhaft sind: In Defizitländern kommt es zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Verschuldung im Ausland. Auch für die Überschussländer sind Leistungsbilanzungleichgewichte nicht risikolos: Die starke Exportabhängigkeit des Arbeitsmarktes führt zu einem raschen Rückgang der Beschäftigung, wenn der Welthandel infolge einer globalen Wirtschaftskrise einbricht. Der Zufluss von Gold- und Devisenbeständen kann zu inflationären Tendenzen führen. Das Vermögen gegenüber dem Ausland kann an Wert verlieren, wenn die Forderungen gegenüber dem Ausland wertlos werden (Bankrott der betreffenden Unternehmen oder sogar des Staates) oder wenn die Währung des Auslands stark abgewertet wird (vgl. Petersen 2010).

Leistungsbilanzungleichgewichte können wegen der genannten Folgewirkungen zudem Konsequenzen für die gesamte Weltwirtschaft haben und damit auch die Volkswirtschaften betreffen, die ausgeglichene Leistungsbilanzsalden besitzen. Zu nennen ist in diesem Kontext vor allem die Gefahr eines wachsenden Protektionismus. Zudem könnte ein weltweiter Abwertungswettlauf drohen, denn einzelne Volkswirtschaften - vor allem Länder mit Leistungsbilanzdefiziten - könnten versuchen, ihre Leistungsbilanzprobleme über eine Abwertung der heimischen Währung zu lösen. Sollten Länder mit Exportüberschüssen hierauf ebenfalls mit einer Abwertung ihrer Währung reagieren, um drohende Produktions- und Beschäftigungseinbrüche zu verhindern, würde dies zu einer weltweiten Erhöhung der Geldmengen führen, denn die Erhöhung des Angebots der eigenen Währung führt zur gewünschten Abwertung der heimischen Währung. Die globale Überliquidität würde damit weiter zunehmen, was die Gefahr des Entstehens von Spekulationsblasen erhöht.

... und für die Wirtschaftspolitik

Für die hoch entwickelten Industrienationen ergibt sich vor dem Hintergrund der skizzierten ökonomischen Rahmenbedingungen eine Vielzahl von wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Drei Aspekte sind dabei für die globale Wirtschaftsentwicklung von besonderer Bedeutung:

1. Die Steigerung von Produktion und Beschäftigung kann in den entwickelten Industrienationen nicht mehr über eine weitere staatliche Verschuldung erreicht werden, weil die Schuldenstände bereits Höhen erreicht haben, die langfristig nicht tragfähig sind.
2. Auch die expansive Geldpolitik erreicht ihre Grenzen, denn die Leitzinsen der meisten entwickelten Industrienationen sind bereits nahe an Null. Zudem führt

die permanente Erhöhung der Geldmengen zu einer steigenden Inflationsgefahr und zu einer wachsenden Gefahr des Entstehens von Spekulationsblasen.

3. Die Abwertung der heimischen Währung kann Abwertungen im Rest der Welt hervorrufen, was zu einem globalen Abwertungswettlauf bzw. einem Währungskrieg führen kann. Darüber hinaus können Länder, die Mitglied einer gemeinsamen Währung wie dem Euro sind, gar keine Abwertung ihrer Währung herbeiführen.

Wie also können die entwickelten Industrienationen vor dem Hintergrund dieser Restriktionen eine Steigerung von Produktion und Beschäftigung erreichen? Ein mögliches Instrument zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums, ohne die Staatsverschuldung zu steigern, ohne die Geldmenge auszuweiten und ohne die eigene Währung abzuwerten, ist die fiskalische Abwertung.

Das Konzept der fiskalischen Abwertung

Bei einer fiskalischen Abwertung werden die Lohnnebenkosten – im Normalfall die Sozialversicherungsbeiträge – gesenkt, um so über eine Reduzierung der Lohnstückkosten die inländischen Produkte wettbewerbsfähiger zu machen. Um einen Anstieg der Staatsverschuldung zu verhindern, werden im Gegenzug die Steuern erhöht. In der wirtschaftspolitischen Praxis betrifft diese Erhöhung die Verbrauchssteuern, also vor allem die Mehrwert- oder Umsatzsteuer (vgl. European Commission 2013: 9, Farhi, Gopinath und Itskhoki 2014: 1 und Bernoth, Burauel und Engler 2014: 916). Diese Kombination aus der Senkung des Sozialversicherungsbeitrags und der Erhöhung der Mehrwertsteuer hat Konsequenzen für den inländischen Arbeitsmarkt, die Exportmöglichkeiten und den inländischen Gütermarkt.

Auf dem Arbeitsmarkt führt der Rückgang des Preises für den Produktionsfaktor Arbeit – also des Bruttolohns – zu einer höheren Nachfrage nach Arbeitskräften durch die Unternehmen. Damit steigt das Beschäftigungsvolumen. Der Nettolohn wird dabei wegen der geringeren Lohnnebenkosten größer (siehe Anhang). Folglich kommt es zu einem Anstieg des verfügbaren Einkommens und damit auch der Kaufkraft. Auf dem Gütermarkt führt das höhere Beschäftigungsniveau im Normalfall zu einer höheren Produktion und damit auch zu einem Anstieg des Güterangebots. Damit es keinen Angebotsüberschuss gibt, muss die Güternachfrage steigen. Hierfür gibt es im Wesentlichen drei Ansatzpunkte:

1. Sinkende Arbeitskosten bedeuten sinkende Produktionskosten und damit einen sinkenden Güterpreis. Die im Inland hergestellten Güter und Dienstleistungen können daher im Ausland zu niedrigeren Preisen angeboten werden. Da die Konsumenten im Ausland mit ihrem Mehrwertsteuersatz belastet werden, hat die inländische Mehrwertsteuererhöhung keine Relevanz für die Konsumenten im Ausland (sofern das Ausland seine Mehrwertsteuer unverändert lässt und keine zusätzlichen Steuern auf die aus dem Inland importierten Produkte erhebt). Folglich nehmen die Exporte des Inlands zu.

2. Eine steigende Beschäftigung bei gleichzeitig steigendem Nettolohn erhöht die Kaufkraft im Inland und damit auch die inländische Güternachfrage.
3. Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge bedeutet eine Reduzierung der Produktionskosten. Unternehmen können daher jede gegebene Gütermenge zu einem geringeren Preis anbieten. Die damit verbundene Preissenkung führt für sich genommen zu einer Zunahme der Güternachfrage.

Gleichzeitig ist jedoch zu berücksichtigen, dass die inländische Mehrwertsteuererhöhung auch die Konsumgüter verteuert und damit die inländische Güternachfrage senkt. Insgesamt hat die fiskalische Abwertung für den inländischen Gütermarkt sowohl zwei nachfragesteigernde Effekte (Einkommenszunahme und Preissenkung infolge der sinkenden Sozialversicherungsbeiträge) als auch einen nachfragesenkenden Effekt (Preissteigerung infolge des steigenden Mehrwertsteuersatzes). Welche Effekte per Saldo überwiegen, ist aus theoretischer Sicht ungewiss. Wenn jedoch die Beschäftigungszuwächse hoch und die Preissenkungen infolge der geringeren Sozialversicherungsbeiträge groß sind, kommt es zu einer Zunahme der heimischen Güternachfrage. Und selbst wenn der nachfragesenkende Effekt infolge des höheren Mehrwertsteuersatzes überwiegen sollte und die inländische Güternachfrage somit zurückgeht, kann dieser Nachfragerückgang durch die höheren Exporte kompensiert werden.

Bezüglich des Gesamteffekts einer fiskalischen Abwertung auf die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage kann somit folgendes Fazit gezogen werden: Bei einer hinreichend hohen Exportnachfrage und einem hinreichend hohen Beschäftigungszuwachs überwiegen die Nachfragezuwächse, das heißt die zusätzliche Produktion wird auch nachgefragt. Die fiskalische Abwertung führt somit zu einem höheren wirtschaftlichen Wachstum und einem Abbau der Arbeitslosigkeit.

Fiskalische Abwertung im globalen Kontext

Die bisher skizzierten positiven Effekte der fiskalischen Abwertung beziehen sich auf den Fall, dass ein einzelnes Land dieses wirtschaftspolitische Instrument anwendet. Der Erfolg der fiskalischen Abwertung hängt jedoch von den globalen Rahmenbedingungen ab, also vor allem von den Reaktionen der Exportpartner. Wenn beispielsweise die wichtigsten Handelspartner eines Landes ebenfalls diese Strategie anwenden, hat die fiskalische Abwertung einen geringeren oder sogar gar keinen Erfolg, denn die mit der fiskalischen Abwertung angestrebte Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wird durch die wirtschaftspolitischen Reaktionen des Auslands zunichte gemacht.

Damit eine fiskalische Abwertung die erhofften positiven wirtschaftlichen Konsequenzen hat, ist folglich ein international abgestimmtes Vorgehen erforderlich. Abgestimmt in dem Sinne, dass Länder mit hohen Export- bzw. Leistungsbilanzüberschüssen diese Strategie nicht anwenden, sondern lediglich die Defizitländer. Für die Weltwirtschaft hätte dies eine Reihe von positiven Effekten:

- Defizitländer könnten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern und damit ihre Exporte steigern, sodass ihre Leistungsbilanzdefizite zurückgehen und die Arbeitslosigkeit reduziert werden kann.
- Diese Verringerung des Leistungsbilanzdefizits erfolgt ohne eine Manipulation der eigenen Währung, also ohne geldpolitische Maßnahmen, die zu einer Abwertung der eigenen Währung führen. Damit verringert sich die Gefahr eines globalen Abwertungswettlaufs.
- Ein international abgestimmter Einsatz der fiskalischen Abwertung kann einen Beitrag zur Lösung der Wettbewerbskrise in der Euro-Zone leisten, in der den südeuropäischen Krisenländern das Instrument der nominalen Abwertung nicht mehr zur Verfügung steht.
- Die Überschussländer verlieren bei diesem Vorgehen zwar an Wettbewerbsfähigkeit, sodass ihre Exporte sinken und die Importe steigen. Dies kann kurzfristig zu einem Rückgang der Produktion und der Beschäftigung führen. Die Überschussländer profitieren aber auch von den Einkommenszuwächsen der bisherigen Defizitländer. Dort bewirkt ein höheres Einkommen eine höhere Güternachfrage, also auch höhere Importe, sodass die Exporte der Überschussländer wieder steigen. Langfristig kann die fiskalische Abwertung so zu einer nachhaltigeren Entwicklung der Weltwirtschaft führen, ohne die auch die Überschussländer dauerhaft nicht exportieren können.

Welche Länder sollten eine fiskalische Abwertung anwenden?

Wenn eine fiskalische Abwertung Wachstum und Beschäftigung fördern soll und dabei gleichzeitig einen Beitrag zum Abbau der globalen Leistungsbilanzungleichgewichte leisten soll, sind einige Rahmenbedingungen zu beachten:

- Besonders geeignet ist die fiskalische Abwertung für Länder mit einer hohen Abgabenlast für den Faktor Arbeit und einer geringen Besteuerung des Konsums, denn hier lässt eine Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge die größten Beschäftigungszuwächse erwarten. Zudem ist angesichts der geringen Besteuerung des Konsums nur eine moderate Reduzierung der inländischen Konsumnachfrage als Reaktion auf einen steigenden Mehrwertsteuersatz zu befürchten.
- Zentraler Ansatzpunkt für die positiven Beschäftigungseffekte der fiskalischen Abwertung ist die Steigerung der Exporte. Hiermit ist vor allem zu rechnen, wenn das Inland eine hohe Exportquote hat. Dies ist vor allem für kleine und gleichzeitig offene Volkswirtschaften der Fall, sodass eine fiskalische Abwertung vor allem in kleinen Ländern beschäftigungssteigernde Effekte hat. Neben der Exportquote ist auch die Struktur der Exportgüter relevant. Falls das Inland beispielsweise seine Exporterlöse vor allem im Tourismussektor erzielt und dieser nicht von der

Mehrwertsteuererhöhung ausgenommen ist, kommt es nicht zu der erhofften Exportsteigerung.

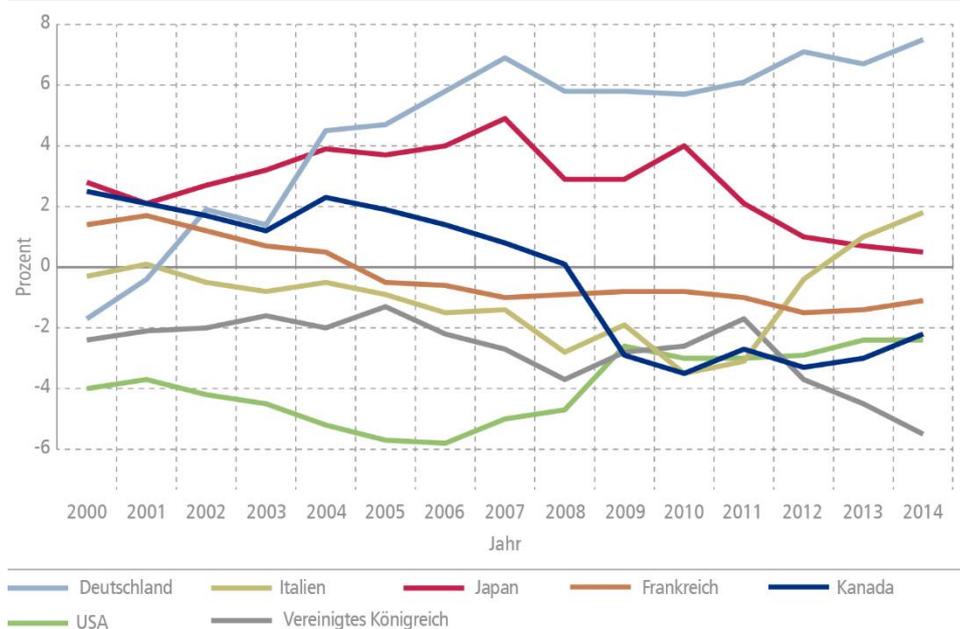
- Für den Erfolg einer fiskalischen Abwertung spielt zudem die Arbeitsintensität der Produktion eine wichtige Rolle. Bei einer hohen Arbeitsintensität bewirkt die Reduzierung des Sozialversicherungsbeitrags einen relativ großen Rückgang der Produktionskosten. Dies hat sowohl eine relativ hohe Zunahme der Exporte zur Folge als auch eine relativ große Zunahme der Beschäftigung – und damit auch der Kaufkraft sowie der Konsumnachfrage im Inland. Falls die Unternehmen im Inland jedoch mit sehr viel Kapitaleinsatz produzieren, bewirkt eine Verringerung der Arbeitskosten nur eine geringe Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.
- Die fiskalische Abwertung kann die weltweiten Leistungsbilanzungleichgewichte nur abbauen, wenn Defizitländer dieses Instrument anwenden und so ihre Leistungsbilanzdefizite reduzieren. Sollten hingegen Länder mit Exportüberschüssen fiskalisch abwerten, würde dies ihre Exporte steigern und bestehende Leistungsbilanzüberschüsse weiter vergrößern.

Ausgehend von diesen Überlegungen lassen sich einige Länder identifizieren, für die eine fiskalische Abwertung im Rahmen einer international abgestimmten Gesamtstrategie sinnvoll ist, sowie Staaten, die auf dieses Instrument verzichten sollten. Zu den letztgenannten gehören Deutschland und Japan, weil beide Länder seit Jahren Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen (siehe Abb. 2). Auch für die USA dürfte eine fiskalische Abwertung nur begrenzte Wachstums- und Beschäftigungseffekte haben, weil große Volkswirtschaften wie die USA nur einen relativ geringen Anteil ihrer heimischen Produktion im Ausland absetzen.

Für Länder mit Leistungsbilanzdefiziten bietet sich die fiskalische Abwertung grundsätzlich an, um so eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und eine Exportsteigerung zu erreichen. Vor allem bei „chronischen Handelsbilanzdefiziten“ (Bernoth, Burauel und Engler 2014: 922) kann diese Maßnahme sinnvoll sein, weil ein über viele Jahre andauerndes Leistungsbilanzdefizit darauf hindeutet, dass das Land eine langandauernde Wettbewerbsschwäche aufweist. Aus diesem Grund wäre eine fiskalische Abwertung auch für Italien sinnvoll: Das Land weist zwar seit 2013 leichte Leistungsbilanzüberschüsse auf. Diese sind jedoch weniger auf steigende Exporte zurückzuführen, sondern vor allem auf sinkende Importe. Die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit äußerte sich zum Beispiel in den Jahren 2010 und 2011 mit Leistungsbilanzdefiziten in Höhe von 3,5 bzw. 3,1 Prozent des BIP (siehe Abb. 2).

Abb. 2: Leistungsbilanzsalden der G7-Staaten

in Prozent des BIP



Quelle: International Monetary Fund, World Economic Outlook Database, April 2015.

BertelsmannStiftung

Wie bereits erwähnt, eignet sich die fiskalische Abwertung insbesondere für Länder mit einer hohen Abgabenlast für den Faktor Arbeit und einer geringen Besteuerung des Konsums. Zur Messung der Steuer- und Abgabenlast bietet sich das Konzept der

Abb. 3: Implizite Steuersätze auf Arbeit und Konsum im Jahr 2012 in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten. Angaben in Klammern: jeweiliger Rang des Landes unter allen 28 EU-Staaten (sortiert nach dem Rang des impliziten Steuersatzes auf Arbeit)

Land	impliziter Steuersatz auf Arbeit		impliziter Steuersatz auf Konsum	
Belgien	42,8 %	(1. Rang)	21,1 %	(14. Rang)
Italien	42,8 %	(2. Rang)	17,7 %	(22. Rang)
Frankreich	39,5 %	(6. Rang)	19,8 %	(17. Rang)
Griechenland	38,0 %	(10. Rang)	16,2 %	(27. Rang)
Deutschland	37,8 %	(11. Rang)	19,8 %	(16. Rang)
Dänemark	34,4 %	(14. Rang)	30,9 %	(1. Rang)
Spanien	33,5 %	(16. Rang)	14,0 %	(28. Rang)
Irland	28,7 %	(24. Rang)	21,9 %	(11. Rang)
Portugal	25,4 %	(25. Rang)	18,1 %	(21. Rang)
Vereinigtes Königreich	25,2 %	(26. Rang)	19,0 %	(19. Rang)
EU-28 Durchschnitt (gewichtet)	36,1 %		19,9 %	

Quelle: Eurostat 2014: 255f.

BertelsmannStiftung

effektiven Abgabenlast („implicit tax rate“) an, das von Eurostat für die EU-Länder berechnet wird. Dieses Konzept berechnet die effektive bzw. tatsächliche Belastung von Produktionsfaktoren und ökonomischen Aktivitäten durch Steuern und staatliche Abgaben.

Die entsprechenden Belastungen durch staatliche Abgaben sind für ausgewählte Länder in Abb. 3 dargestellt. Mit Blick auf die Werte für das Jahr 2012 ist eine fiskalische Abwertung vor allem für die südeuropäischen Krisenländer sinnvoll, allen voran für Italien: Der implizite Steuersatz auf den Konsum lag 2012 bei 17,7 Prozent (von allen 28 EU-Ländern ist das nur der 22. Rang bezüglich der Höhe der steuerlichen Belastung), während die effektive Abgabenlast des Faktors Arbeit bei 42,8 Prozent lag (nach Belgien die höchste Belastung aller EU-Staaten). Ein ähnliches Bild ergibt sich für Spanien. Dort liegt die Konsumbesteuerung bei 14,0 Prozent (28. Rang und damit letzten Rang in der EU), die Belastung des Faktors Arbeit bei 33,5 Prozent (16. Rang).

Wirtschaftspolitische Implikationen für die Industrienationen

Vor dem Hintergrund der hohen Staatsverschuldung in den meisten entwickelten Volkswirtschaften stellt die fiskalische Abwertung ein attraktives wirtschaftspolitisches Instrument dar, weil diese Maßnahme budgetneutral ist und somit einen weiteren Anstieg der öffentlichen Verschuldung verhindert. Zudem erreicht sie eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ohne nominale Lohnsenkungen, die erfahrungsgemäß nur schwer durchzusetzen sind. Schließlich ist fiskalische Abwertung für Länder mit festen Wechselkursen oder einer gemeinsamen Währung ein Ersatz für die nicht mehr mögliche nominale Abwertung. Gerade in der Eurozone hat es daher in den letzten Jahren eine Reihe von fiskalischen Abwertungen gegeben, unter anderem in Irland (2002), Deutschland (2007), Spanien und Finnland (2010), den Niederlanden (2012) und Frankreich (2014) (vgl. Bernoth, Burauel und Engler 2014: 918).

Damit eine fiskalische Abwertung in einem Land Produktion und Beschäftigung steigern kann, ist es jedoch erforderlich, dass Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen auf dieses Instrument verzichten, denn wenn sie ebenfalls fiskalisch abwerten, ändert sich an den Relationen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nichts. Hier sind also eine internationale Solidarität und eine internationale Abstimmung der Wirtschaftspolitik gefordert. Die G7 und die G20 sind geeignete Institutionen für eine wirtschaftspolitische Koordinierung.

Literatur

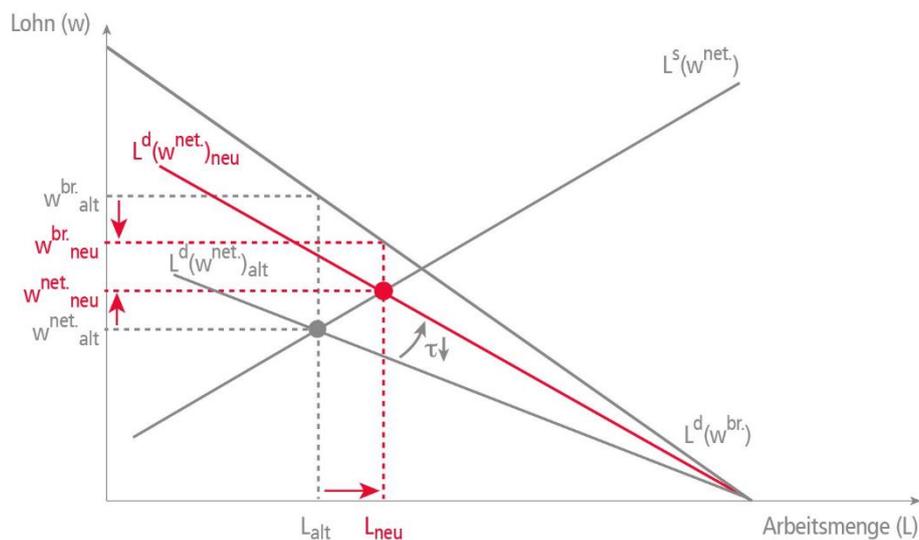
- Bernoth, K., P. Burauel und P. Engler. „Fiskalische Abwertung: Wirtschaftlicher Impuls für die Krisenländer im Euroraum“. DIW Wochenbericht 39 2014. 916ff.
- De Mooij, R. und M. Keen. “Fiscal Devaluation and Fiscal Consolidation: The VAT in Troubled Times”. Working Paper 17913. National Bureau of Economic Research. Cambridge, MA 2012.
- European Commission. “Taxation papers - Study on the Impacts of Fiscal Devaluation”. Working Paper 36 2013. Luxemburg 2013.
- Eurostat. Taxation Trends in the European Union - 2014 edition. Luxemburg 2014.
- Farhi, E., G. Gopinath und O. Itskhoki. “Fiscal Devaluation”. Working Paper 17662. National Bureau of Economic Research. Cambridge, MA 2011.
- Petersen, T. “Appendix: Balancing Mechanisms in Trade and Payments Balances”. Re-balancing the Global Economy: Four Perspectives on the Future of the International Monetary System. Hrsg. S. Collignon, R. N. Cooper, M. Kawai und Y. Zhang. Europe in Dialogue 2010/01, Gütersloh 2010. 128-137.

Anhang: Arbeitsmarkteffekte sinkender Sozialversicherungsbeiträge

Ausgehend von einem Arbeitsmarkt mit normalem Arbeitsangebot- und Arbeitsnachfrageverhalten führt ein steigender Bruttolohn ($w^{br.}$) zu einer sinkenden Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit und zu einem steigenden Arbeitsangebot der privaten Haushalte. Wenn der Staat Sozialversicherungsbeiträge erhebt, gibt es neben dem Bruttolohn, den die Arbeitgeber zahlen müssen, einen Nettolohn ($w^{net.}$), den die Arbeitnehmer erhalten. Wird aus Gründen der analytischen Vereinfachung der Sozialversicherungsbeitrag als einziger Abzug vom Bruttolohn angenommen und dabei mit τ bezeichnet, so gilt folgender Zusammenhang: $w^{net.} = w^{br.} - \tau \cdot w^{br.} = (1 - \tau) \cdot w^{br.}$. In diesem Fall hängt die Arbeitsnachfrage der Unternehmen nach wie vor vom Bruttolohn ab. Das Arbeitsangebot der Haushalte richtet sich nun jedoch nach der Höhe des Nettolohns. In einem Lohn-Arbeitsmengen-Diagramm (siehe Abb. 4) führt die Existenz eines Sozialversicherungsbeitrags dazu, dass es eine vom Bruttolohn abhängige Arbeitsnachfragekurve ($L^d(w^{br.})$) gibt und eine zweite, vom Nettolohn abhängige Arbeitsnachfragekurve ($L^d(w^{net.})$). Die vom Nettolohn abhängige Arbeitsnachfragekurve ergibt sich dadurch, dass die vom Bruttolohn abhängige Nachfragekurve zum Ursprung des Lohn-Arbeitsmengen-Diagramms gedreht wird. Der Schnittpunkt mit der Arbeitsmengenachse ist bei beiden Arbeitsnachfragekurven

identisch. Das Arbeitsmarktgleichgewicht vor der fiskalischen Abwertung ergibt sich aus dem Schnittpunkt der vom Nettolohn abhängigen Arbeitsangebotskurve ($L^S(w^{net.})$) und der vom Nettolohn abhängigen Arbeitsnachfragekurve ($L^d(w^{net.})_{alt}$). Dieses Gleichgewicht zeichnet sich durch eine gleichgewichtige Arbeitsmenge (L_{alt}) aus sowie den dazu gehörenden Nettolohn ($w^{net.}_{alt}$) und Bruttolohn ($w^{br.}_{alt}$).

Abb. 4: Arbeitsmarkteffekte einer Senkung des Sozialversicherungsbeitrags ($\tau \downarrow$)



Quelle: Eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

Wenn im Rahmen der fiskalischen Abwertung der Sozialversicherungsbeitrag gesenkt wird ($\tau \downarrow$), dreht sich die vom Nettolohn abhängige Arbeitsnachfragekurve wieder etwas weg vom Ursprung. Das neue Arbeitsmarktgleichgewicht zeichnet sich durch eine höhere Beschäftigung ($L_{neu} > L_{alt}$) aus sowie durch einen höheren Nettolohn und einen geringeren Bruttolohn. Für die Arbeitnehmer bedeutet dies ein höheres Nettoeinkommen und für die Unternehmen geringere Arbeitskosten, also auch geringere Produktionskosten.

Policy Briefs Zukunft Soziale Marktwirtschaft:

- 2010/01: Globale Leistungsbilanzungleichgewichte – China-Bashing ist keine Lösung; Thieß Petersen
- 2011/01: Das Soziale sozialer Marktwirtschaften – Gerechtigkeit in Europa; Dr. Stefan Empter
- 2011/02: Nach der Krise ist vor der Krise – Was schützt uns vor dem nächsten Mal?; Dr. Thieß Petersen, Dr. Jörg Habich
- 2011/03: Zukunftsmodell Soziale Marktwirtschaft; Dr. Thieß Petersen
- 2011/04: Gesellschaftliche Alterung – eine unterschätzte ökonomische Herausforderung; Dr. Thieß Petersen
- 2011/05: Stellschraube Migration: Demographische Projektionen und Ihre Implikationen; Prof. Dr. Martin Werding, Dr. Thieß Petersen
- 2012/01: Auf dem Weg zu einer modernen Arbeitsmarktpolitik; Dr. Juliane Landmann
- 2012/02: Gesetzliche Rente, demographischer Wandel und öffentliche Finanzen; Prof. Dr. Martin Werding, Dr. Thieß Petersen
- 2012/03: Nachhaltiges Wirtschaften – ganzheitliche Strategien und Prinzipien; Dr. Thieß Petersen
- 2012/04: Die Vermessung der modernen soz. Marktwirtschaft; Cortnie Shupe
- 2012/05: Maastricht 2.0 – Vorschlag für eine neue Verschuldungsregel; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer, Dr. Johannes Weisser
- 2012/06: Wirtschaftliche Folgen eines Euro-Austritts der südeuropäischen Mitgliedsstaaten; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer
- 2012/07: Nachhaltigkeit und Solidarität – Grundgedanken einer neuen Finanzverfassung; Dr. René Geißler
- 2013/01: Wirtschaftliche Vorteile der Euro-Mitgliedschaft für Deutschland; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer, Henning vom Stein
- 2013/02: Green and Fair Economy - ganzheitliches Konzept für nachhaltiges Wirtschaften; Céline Diebold, Armando Garcia Schmidt, Dr. Thieß Petersen, Birgit Riess, Dr. Daniel Schraad-Tischler, Henrik Riedel
- 2013/03: Soziale Marktwirtschaft in Europa? – Indexergebnisse; Cortnie Shupe
- 2013/04: Wem nutzt ein transatlantisches Freihandelsabkommen?; Dr. Ulrich Schoof, Dr. Thieß Petersen, Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.
- 2013/05: Bundesländer, Branchen und Bildungsgruppen – Effekte einer THIP auf Deutschland; Dr. Ulrich Schoof, Mirco Ronge, Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.
- 2013/06: Europas Nachhaltigkeitsstrategie – Abschied in der Eurokrise oder ambitionierter Neustart?; Céline Diebold, Thomas Fischer, Benjamin Dierks
- 2014/01: Wer profitiert am stärksten von der Globalisierung?; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer, Dr. Johannes Weisser
- 2014/02: 20 Jahre Binnenmarkt – Wachstumseffekte der zunehmenden EU-Integration; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer, Dr. Johannes Weisser
- 2014/03: Arbeit in der digitalen Welt – Jobless Growth und Cloudworking; Dr. Juliane Landmann

- 2014/04a: Nachhaltiger Konsum von Kindern und Jugendlichen – Eine Frage der Kompetenz; Andreas Galling-Stiehler, Henrik Riedel
- 2014/04b: Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen – Soziales Engagement in jedem Alter; Andreas Galling-Stiehler, Henrik Riedel
- 2014/04c: Nachhaltige Haushaltspolitik in Zeiten der Schuldenbremse – Konsolidieren, aber richtig; Andreas Galling-Stiehler, Henrik Riedel
- 2015/01: Globalisierung, Digitalisierung und Einkommensungleichheit; Dr. Thieß Petersen
- 2015/02: Europa investiert!? Deutsche Finanzpolitik im Dilemma; Dr. Henrik Scheller, Dr. Henrik Brinkmann
- 2015/03: Lohnungleichheit in Deutschland – Welche Rolle spielt der Handel?; Dr. Ulrich Schoof, Dr. Thieß Petersen, Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.
- 2015/04: Arbeitsmobilität in Europa: Ausgleich wirtschaftlicher Ungleichgewichte?; Mikkel Barslund, Matthias Busse, Joscha Schwarzwälder
- 2015/05: Brexit – Mögliche wirtschaftliche Folgen eines britischen EU-Austritts; Dr. Ulrich Schoof, Dr. Thieß Petersen, Dr. Rahel Aichele, Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de